



Die Umsetzung von *smart power* in Zeiten der ökonomischen Krise

JOHN K. GLENN
Februar 2011

- Die Regierung Barack Obama verfolgt eine Außenpolitik nach dem Prinzip *smart power*, die militärische Instrumente (*hard power*) mit diplomatischen und entwicklungspolitischen Mitteln (*soft power*) ins Gleichgewicht bringt.
- Mit Initiativen wie der Presidential Study Directive on Global Development und der Quadrennial Diplomacy and Development Review versucht sie, die notwendigen politischen Veränderungen genau zu definieren.
- Allerdings haben die Wirtschaftskrise und die enormen Haushaltsdefizite die Möglichkeiten der amerikanischen Regierung eingeschränkt, diesen Ansatz zu verwirklichen und mehr Ressourcen für Diplomatie und Entwicklungspolitik aufzuwenden.
- Führende amerikanische Militärs gehören zu den lautesten Unterstützern des neuen außenpolitischen Ansatzes.



1. Die Entstehung des *smart power*-Konsens

Die Wahl Barack Obamas zum Präsidenten der Vereinigten Staaten im Jahr 2008 haben viele Europäer/innen begrüßt und damit große Hoffnungen verbunden auf einen neuen Ansatz in der amerikanischen Außenpolitik, die bis dato untrennbar verknüpft war mit der Irak-Invasion sowie mit der Androhung und dem Einsatz militärischer Gewalt. Die transatlantische Kluft angesichts des militärischen Engagements während des Irak-Kriegs hat zu einer globalen Ordnung geführt nach dem Motto: »Die Amerikaner kämpfen und die Europäer erhalten den Frieden.« Was hat Präsident Obama nach zwei Jahren im Amt im Hinblick auf seine Bemühungen erreicht, die amerikanische Außenpolitik zu verändern, und was bleibt noch zu tun?

Viele Europäer/innen sind der Meinung, die Bush-Regierung habe sich zu stark auf militärische Macht verlassen. In Wirklichkeit hatte sie ihre Politik während der zweiten Legislaturperiode erheblich verändert. Als Mitglied der damaligen Regierung argumentierte Verteidigungsminister Robert M. Gates, man könne den existierenden Bedrohungen nicht mit militärischer Gewalt begegnen: »Unseren Sieg im Kampf gegen den Terrorismus können wir nicht dadurch sichern, dass wir Menschen töten oder gefangen nehmen.«¹ Militärische Führer wie General David Petraeus ermutigten die Regierung George W. Bush, ihre Politik der Terrorismusbekämpfung (*counterterrorism*), die sich auf die Tötung gefährlicher Personen konzentrierte, durch eine Strategie der Bekämpfung von Aufständischen (*counter-insurgency*, COIN) zu ersetzen, um für die örtliche Bevölkerung Sicherheit zu gewährleisten und die wirtschaftliche Entwicklung sowie staatliches Handeln zu erleichtern. Zudem hat die Bush-Regierung in wichtige neue Entwicklungshilfeprogramme investiert, wie den President's Emergency Plan for AIDS Relief (PEPFAR) oder die Millennium Challenge Corporation, eine Entwicklungshilfe-Agentur, die engere Partnerschaften mit Empfänger-Ländern entwickeln soll, einhergehend mit stärkeren Rechenschaftspflichten.

Bis zum Jahr 2008 hatte sich in den außenpolitischen Debatten der USA ein Konsens herausgebildet: In zahlreichen überparteilichen Kommissionen und Berichten wurde eine Außenpolitik nach dem Prinzip *smart power*

(»intelligente Macht«) propagiert, die *hard power* (militärische Mittel) mit *soft power* (d. h. diplomatischen und entwicklungspolitischen Mitteln) verbindet.² Darin stimmten auch die Präsidentschaftskandidaten John McCain und Barack Obama überein. Beide vertraten im Wahlkampf die Auffassung, die drängendsten globalen Bedrohungen seien heute nicht mehr militärische Konflikte zwischen Nationen, sondern der internationale Terrorismus, der Klimawandel, Pandemien und die Verbreitung von Atomwaffen.

2. Die Vision der Obama-Regierung

Barack Obamas Antrittsrede am 20. Januar 2009 enthielt viele *smart power*-Grundsätze: »Unsere Stärke allein kann uns nicht schützen, und sie gibt uns nicht das Recht, einfach das zu tun, was uns gerade gefällt.« Ferner sprach Obama von »neuen Bedrohungen, die noch größere Anstrengungen, noch stärkere Zusammenarbeit und Verständigung zwischen den Staaten erfordern.« Daran knüpfte er ein Jahr später in seiner Kairoer Rede an die muslimische Welt an:

»Wir wissen auch, dass militärische Macht allein die Probleme in Afghanistan und Pakistan nicht lösen wird. Genau deshalb wollen wir in den kommenden fünf Jahren 1,5 Milliarden Dollar jährlich investieren, um gemeinsam mit den Pakistanis Schulen und Krankenhäuser, Straßen und Betriebe aufzubauen, zusätzlich noch Hunderte von Millionen Dollar, um denen zu helfen, die vertrieben worden sind. Und genau deshalb geben wir mehr als 2,8 Milliarden Dollar aus, damit die Afghanen ihre Wirtschaft voranbringen und die Dienstleistungen zur Verfügung stellen können, auf die Menschen angewiesen sind.«

Außenministerin Hillary Clinton unterstrich den neuen außenpolitischen Ansatz der Regierung in ihren *confirmation hearings*: »Wir müssen das anwenden, was »smart power« genannt wird: die volle Bandbreite an Instrumenten, die uns zur Verfügung stehen – diplomatische, ökonomische, militärische, politische, rechtliche und kulturelle. Für jede Situation gilt es, das richtige Instrument oder die richtige Kombination aus Instrumenten zu wählen.« Obamas Entscheidung, nach dem Regierungswechsel Robert M. Gates im Amt des Vertei-

1. Robert M. Gates, Speech at the U.S. Global Leadership Campaign. July 15th, 2008.

2. Richard Armitage / Joseph Nye, *A Smarter, More Secure America*. CSIS Commission on Smart Power, November 2007.

digungsministers zu lassen, hat die Kontinuität der COIN-Politik, bei der die maßgebliche Rolle von Diplomatie und Entwicklungspolitik für die Stabilisierung und den Wiederaufbau anerkannt wird, zusätzlich verstärkt.

Auch die Nationale Sicherheitsstrategie (NSS), die die Regierung Obama im Juni 2010 veröffentlichte, beruht auf dem Prinzip, neben der Verteidigung die Gebiete Entwicklungspolitik und Diplomatie zu stärken – und so die sicherheitspolitischen Herausforderungen der Vereinigten Staaten zu bewältigen. Als Barack Obama die neue Strategie in einer Rede an der Militärakademie in West Point erstmals vorstellte, verkündete er: »Unsere Soldatinnen und Soldaten können die Lasten dieses Jahrhunderts nicht alleine tragen.« Die Autor/innen der Nationalen Sicherheitsstrategie erkennen sowohl die Bandbreite der sicherheitspolitischen Herausforderungen an als auch die entscheidende Rolle von Diplomatie und Entwicklungspolitik bei deren Bewältigung: »Mithilfe unserer diplomatischen und entwicklungspolitischen Fähigkeiten müssen wir Konflikte verhindern, das Wirtschaftswachstum ankurbeln, schwache und gescheiterte Staaten stärken, Menschen aus der Armut befreien, den Klimawandel und Seuchen bekämpfen und demokratische Institutionen fördern.«

Jedoch bedeutet diese Akzentverschiebung hin zu Diplomatie und Entwicklungspolitik weder den vollständigen Verzicht auf die Anwendung militärischer Gewalt noch die Abkehr von einigen kontroversen politischen Maßnahmen der Bush-Ära – zum Entsetzen von Kritikern auf der Linken und zur Zufriedenheit des rechten politischen Lagers. Beispielsweise hat die Obama-Regierung die Luftangriffe in den Grenzregionen Pakistans fortgesetzt. Dabei wurden auch Zivilisten getötet – und zusätzliche antiamerikanische Ressentiments geschürt. Außerdem hat die amtierende Regierung ihre Zusage nicht eingehalten, im ersten Amtsjahr das Internierungslager in Guantanamo zu schließen. Und sie macht nach wie vor in verschiedenen Fällen von Terrorismus Staatsgeheimnisse geltend, um gerichtliche Überprüfungen zu vermeiden.

3. Herausforderungen bei der Reform der außenpolitischen Arbeit

Rhetorik in tatsächliche Politik zu verwandeln, während man in Afghanistan und im Irak Kriege führt, hat sich als große Herausforderung erwiesen, trotz der Einigkeit

unter den Regierungseliten. In der NSS heißt es: »Unsere diplomatischen und entwicklungspolitischen Fähigkeiten müssen modernisiert und unsere zivilen Einsatzfähigkeiten gestärkt werden, um unsere Prioritäten in vollem Umfang zu verfolgen.« In dem Dokument werden die Vereinigten Staaten dazu aufgerufen, diese Aufgabe anzunehmen und als Beitrag zu ihrem Gelingen »bei unseren Verbündeten und Partnern darauf hinzuwirken, dass sie dasselbe tun«. Ein Schlüssel für die Verwirklichung der Strategie sei das Versprechen, »unsere Auslandshilfe zu erhöhen, unsere Investitionen in effektive multilaterale Entwicklungsinstitutionen zu steigern und das Engagement anderer zu unterstützen, um die Lasten gemeinsam zu tragen«.

In ihrem ersten Amtsjahr hat die Obama-Regierung zwei strategische Überprüfungen der bisherigen Politik initiiert, mit deren Hilfe die neuen Leitlinien sowie die notwendigen operativen Veränderungen in den Regierungsinstitutionen entwickelt werden sollen: die Presidential Study Directive on Global Development unter Federführung des Weißen Hauses und die vom Außenministerium betreute Quadrennial Diplomacy and Development Review (QDDR). Beide wurden im Jahr 2010 fertig gestellt.

Die Presidential Study Directive on Global Development (aus der bei Unterzeichnung eine Presidential Policy Directive wurde) wurde im September 2009 angestoßen und basiert auf dem Gedanken, dass der Bereich globale Entwicklung nicht ausschließlich im traditionell außenpolitischen Bereich angesiedelt sein sollte, sondern in verschiedenen Ressorts gleichermaßen. Dazu zählen das Verteidigungsministerium, dessen Soldaten in Post-Konfliktgebieten für Stabilität sorgen, das Finanzministerium, das für multilaterale Investitionen in globale Institutionen wie die Entwicklungsbanken verantwortlich ist, und das Agrarministerium, das im Ausland die landwirtschaftliche Entwicklung und Nahrungssicherheit fördert.

Präsident Barack Obama hat seine neue Entwicklungspolitik im September 2010 auf dem Millenniums-Gipfel und vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen präsentiert: »Würde ist ein Menschenrecht und die globale Entwicklung ist unser gemeinsames Interesse.« Seine Politik zielt auf Wirtschaftswachstum als Mittel zur Armutsreduzierung, auf ein neues operatives Modell mit Schwerpunkten auf Innovation, Wissen und Technologie, das zu fundamentalen statt nur inkrementellen Fortschritten führen könnte, sowie auf die Nutzung der

entwicklungspolitischen Fähigkeiten in unterschiedlichen Ressorts der Regierung. Obama räumte ein, dass die Vereinigten Staaten »nicht alles, nicht alles gut und nicht alles überall machen können«. Deshalb müsse genauer darauf geachtet werden, wo Maßnahmen tatsächlich funktionieren. Zentrale Punkte der neuen Politik umfassen:

- das Ziel, aus der United States Agency for International Development (USAID) die führende Behörde für Entwicklungszusammenarbeit der amerikanischen Regierung zu machen
- die Teilnahme von Vertreter/innen der USAID am National Security Council (NSC), »soweit angemessen«
- die Berufung eines neuen zwischenbehördlichen Steuerungskomitees zu Fragen der globalen Entwicklungszusammenarbeit unter Federführung des NSC
- die Entwicklung einer U. S. Global Development Strategy, die dem Präsidenten alle vier Jahre vorzulegen ist
- die Einrichtung eines U. S. Global Development Council mit Fachleuten aus dem Privatsektor, der Wissenschaft und anderen Teilen der Zivilgesellschaft
- die Zusicherung, mit dem Kongress eng zu kooperieren, um die Entwicklungszusammenarbeit flexibler und effektiver zu finanzieren

Daran anknüpfend hat Außenministerin Hillary Clinton im Herbst 2009 die erste Quadrennial Diplomacy and Development Review (QDDR) angekündigt. Dieser Bericht zielt auf operationelle Verbesserungen im Außenministerium und in der USAID, einschließlich solcher Bereiche wie Beschaffung und Personal. Hinzu kommen strategische Reformen auf Gebieten wie der Entwicklungszusammenarbeit in Konfliktzonen, dem multilateralen Engagement oder der Effektivität von Auslandshilfen. Die QDDR basiert auf dem Vorbild der Quadrennial Defense Review (QDR), in der das Verteidigungsministerium alle vier Jahre seine Ziele und den Bedarf umreißt, bevor es vor dem Kongress für sein Budget wirbt. Im Juli 2009 sagte Außenministerin Hillary Clinton:

»Ich habe sechs Jahre lang für das *Armed Service Committee* im Senat gearbeitet. Dabei ist mir sehr bewusst geworden, dass der QDR-Prozess ein wichtiges Instru-

ment des Verteidigungsministeriums war – um für Disziplin zu sorgen, die für harte Entscheidungen mit Blick auf die gesetzten Prioritäten notwendig war, aber auch um einen Rahmen zu schaffen, der die Kongressabgeordneten überzeugte: Es gab einen Plan. Die Leute wussten, in welche Richtung es gehen sollte. Und die genannten Prioritäten waren mit dem Haushaltsplan synchronisiert. Deshalb hat das, was das Verteidigungsministerium forderte, den Beteiligten häufig eingeleuchtet.«³

Als Folge des militärischen Rückzugs aus dem Irak und der Machtübergabe an eine zivile Führung wurde in den Empfehlungen des QDDR die Bedeutung des Konzepts der *civilian power* (zivilen Macht) betont und die Entwicklungspolitik als gleichrangige Säule der Außenpolitik betrachtet. Die Tatsache, dass es trotz großer Übereinstimmung zu wiederholten Verzögerungen bei der Ausarbeitung des Berichts kam, führte zu Spekulationen darüber, dass es Meinungsverschiedenheiten darüber gebe, wie unabhängig der Leiter der USAID sei, der der Außenministerin Bericht erstattet. Obwohl die Autor/innen der QDDR empfahlen, die USAID zur »führenden Behörde für Entwicklungszusammenarbeit« auszubauen, wurde an keiner Stelle darüber diskutiert, ob man aus der USAID nicht eine unabhängige Regierungsbehörde nach dem Vorbild des Department for International Development in Großbritannien machen sollte.

4. *Smart power* verwirklichen – inmitten der ökonomischen Krise

Die Umriss einer amerikanischen Außenpolitik der *smart power* haben sich im Zuge der strategischen Bestandsaufnahmen der Regierung entwickelt. Zugleich aber beschränken die weltweite Wirtschaftskrise und die beharrlichen Haushaltsdefizite die Spielräume, die für eine tatsächliche Verwirklichung der Vorhaben erforderlich sind. Aus allen Lagern des politischen Spektrums kommen Forderungen, die Staatsausgaben zu senken. Daher ist es unwahrscheinlich, dass die Regierung ihr Versprechen halten kann, die Entwicklungshilfe bis 2012 zu verdoppeln. Zwei bedeutende Haushaltskommissionen haben im Herbst 2010 Vorschläge zur Reduzierung des Defizits veröffentlicht. Ihnen zufolge sollte der Etat für Internationale Angelegenheiten – die Titel des Bundes-

3. Hillary Rodham Clinton, Remarks at Town Hall on the Quadrennial Diplomacy and Development Review at the Department of State. July 10th, 2009. <http://www.state.gov/secretary/rm/2009a/july/125949.htm>

haushaltes, aus denen sich das Außenministerium und die USAID finanzieren – entweder gekürzt werden oder zumindest weniger wachsen als geplant. Dabei handelt es sich im Vergleich zum Verteidigungsbudget um relativ kleine Haushaltsposten: Im Jahr 2010 haben die Vereinigten Staaten für internationale Angelegenheiten 58,5 Milliarden US-Dollar und für das Verteidigungsministerium 663 Milliarden US-Dollar ausgegeben. Dennoch hat der Kongress diesen Etat immer wieder zusammengestrichen, während das Verteidigungsministerium sogar mehr Mittel erhält als beantragt. Im vorigen Jahr war der Etat für internationale Angelegenheiten der einzige Posten unter den Ermessensausgaben, der Kürzungen des Kongresses zum Opfer fiel.

Eine zusätzliche Hürde für die Erhöhung der Auslandshilfe besteht darin, dass viele Menschen deren Höhe überschätzen. Laut Umfragen glaubt die Hälfte aller Amerikaner/innen, mindestens 20 Prozent des Haushaltes würden für Entwicklungspolitik aufgewendet.⁴ In Wahrheit macht sie weniger als ein Prozent der Bundesausgaben aus. Und das gesamte Budget für internationale Angelegenheiten beträgt lediglich 1,4 Prozent des Bundeshaushaltes.

Angesichts der schlechten ökonomischen Situation plädieren die Autor/innen der QDDR für einen »ergebnisorientierten« Reformansatz und heben Prinzipien wie Wirtschaftlichkeit, Transparenz und Evaluation besonders hervor. Erste Schritte in Richtung der neuen Strategie haben länger gedauert und waren bescheidener, als manche gehofft hatten. Außenministerin Hillary Clinton führte die Praxis der zweiten Amtszeit der Bush-Regierung fort und regte einen »einheitlichen Etat der nationalen Sicherheit« für das Außen-, Verteidigungs- und Heimatschutzministerium an. Auf diese Weise machte Clinton auf die große Bedeutung von Diplomatie und Entwicklungspolitik – und von deren Finanzierung – für die nationale Sicherheit aufmerksam. Die Autor/innen der QDDR empfahlen, die transnationalen Aufgaben und die Sicherheitsfunktionen des Außenministeriums mithilfe von zwei umstrukturierten Abteilungen zu verbessern. Zudem siedelten sie den zivilen Krisenstab direkt beim Staatssekretär für zivile Sicherheit, Demokratie und Menschenrechte an. Darüber hinaus rief die Regierung drei neue globale Initiativen ins

Leben – Feed the Future (zuständig für Nahrungssicherheit), die Global Health Initiative sowie die Global Climate Initiative. Diese Programme gehen auf Forderungen aus der Regierung nach einem strategischen Ansatz zurück, bei dem in ausgewählten Ländern, Regionen und Sektoren eng mit anderen Geldgebern zusammengearbeitet werden soll.

5. Schlussfolgerungen

Transatlantische außenpolitische Debatten drehten sich in der Vergangenheit häufig um die Frage nach der Entsendung von Truppen in den Irak oder an den Hindukusch. Doch inzwischen verfolgt die Regierung Barack Obamas eine Außenpolitik »intelligenter Macht«: Die Gebiete Diplomatie und Entwicklungspolitik werden als gleichrangig mit der Verteidigungspolitik angesehen. Im vergangenen Sommer hat Außenministerin Hillary Clinton ihre Forderung nach einer stärkeren Partnerschaft mit »unseren engsten Verbündeten« erneuert – und dabei ein besonderes Augenmerk auf Europa gelegt. Die Einigung auf ein neues Strategisches Konzept der NATO, in dem es um einen »umfassenden Ansatz« im Hinblick auf globale Bedrohungen geht, hat es gezeigt: Es gibt Möglichkeiten, die transatlantischen Klischees auf beiden Seiten zu überwinden und eine gemeinsame Vision im Kampf gegen globale Bedrohungen zu entwickeln.

Als die Regierung Obama ihre Außenpolitik der *smart power* entwickelte, waren unter den lautesten Befürwortern auffallend viele führende Militärs. Auch Verteidigungsminister Robert M. Gates nahm die Sorgen über eine »schleichende Militarisierung« der Außenpolitik ernst. In immer größerem Umfang finanziert das Verteidigungsministerium Maßnahmen der Stabilisierung und des Wiederaufbaus, die traditionell von Zivilbehörden durchgeführt werden. Parallel schlug Gates neue Finanzierungsmodelle für den Fall vor, dass sich die Aufgaben des Verteidigungs- und des Außenministeriums überlappen. »Ich lasse keine Gelegenheit aus, mich für mehr Mittel und für einen größeren Einfluss der Bereiche Diplomatie und Entwicklungspolitik stark zu machen«, sagte er im Februar 2010.⁵ Noch schonungsloser drückte es der Vorsitzende der Joint Chiefs of Staff des Militärs, Admiral Michael G. Mullen, in einem Brief an die Fraktionsführ-

4. Program on International Policy Attitudes (PIPA), *Americans on Foreign Aid and World Hunger A Study of U.S. Public Attitudes Executive Summary*. 2001. http://www.worldpublicopinion.org/pipa/pdf/feb01/ForeignAid_Feb01_rpt.pdf

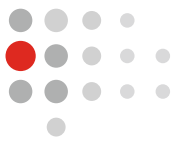
5. Robert M. Gates, Security Assistance. Remarks at The Nixon Center, Washington, DC. February 24th, 2010. <http://www.defense.gov/speeches/speech.aspx?speechid=1425>

rungen im Kongress aus: »Je größer die Kürzungen [des Budgets für internationale Angelegenheiten], desto länger werden militärische Einsätze dauern, und desto mehr Leben sind in Gefahr!«⁶

Trotz der großen Unterstützung oberster Militärs könnte neuer Streit zwischen den Parteien die Bemühungen hemmen, die Felder *Diplomatie* und *Entwicklungspolitik* mit zusätzlichen Ressourcen und Personal auszustatten, so wie es die Obama-Regierung vorhat. Hoffnungen auf einen »überparteilichen Konsens in der Entwicklungspolitik« wurden im Kongress spätestens dann zerschlagen, als vor den Zwischenwahlen, mit denen die Republikaner die Kontrolle über das Repräsentantenhaus gewannen, eine starke politische Polarisierung einsetzte. Zwar existiert zwischen den Parteien große Einigkeit, dass der Foreign Assistance Act aus dem Jahr 1961 novelliert werden muss. Aber erste Versuche demokratischer Abgeordneter aus beiden Häusern des Kongresses verliefen wegen gegensätzlicher Auffassungen im Sande. Und dass die Führung der Republikaner die Vorschläge der Demokraten unterstützen wird, ist nicht zu erwarten.

Wie wird es der *smart power*-Strategie in der zweiten Hälfte von Barack Obamas Amtszeit ergehen, in der er einem neu zusammengesetzten Kongress gegenübersteht? Außenpolitik und Entwicklungshilfe spielten in den Kampagnen für die Zwischenwahlen wie auch in den Programmen der Kandidat/innen der Tea Party-Bewegung (mit Ausnahme des Senators aus Kentucky Rand Paul) kaum eine Rolle. Ferner unterstützen mehrere neue republikanische Senatoren, etwa der Senator aus Illinois Mark Kirk, seit langem das weltweite Engagement der Vereinigten Staaten. Außerdem nehmen die beiden Haushaltskommissionen die Auslandshilfe nicht unverhältnismäßig ins Visier, sondern betonen nur, dass in der gesamten Regierung gespart werden muss. Jedoch: Im kommenden Präsidentschaftswahlkampf 2012 werden beide Parteien Anreize haben, in der Außen- und Innenpolitik eher Gegensätze als Gemeinsamkeiten hervorzuheben. Die Regierung Obama steht vor harten Entscheidungen darüber, auf welchen Gebieten sie Führung zeigt – zuhause wie im Ausland.

6. Mike Mullen, Letter to Senate Majority Leader Harry Reid. May 21st, 2010. <http://www.usglc.org/USGLCdocs/Reid.pdf>



Über den Autor

John K. Glenn ist Policy Director der U.S. Global Leadership Coalition (USGLC), eines Netzwerks von 400 Unternehmen, NGOs und Expert/innen in Washington, DC, das den *smart power*-Ansatz in der US-Außenpolitik fördert. Vor seiner Tätigkeit für USGLC war John K. Glenn Director of Foreign Policy am German Marshall Fund of the United States, wo er unter anderem für die jährlich durchgeführte Umfrageserie *Transatlantic Trends* zuständig war. Er lehrt an der Elliott School for International Affairs der George Washington University und ist Autor zahlreicher Bücher und Artikel. Darüber hinaus ist John K. Glenn regelmäßiger Kommentator zu internationalen Beziehungen in Zeitungen und Medien. Dr. Glenn hat seinen Doktor- und Magistertitel in Soziologie an der Harvard University erworben.

Imprint

Friedrich-Ebert-Stiftung
Referat Westeuropa/Nordamerika |
Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Germany

Verantwortlich:
Anne Seyfferth, Leiterin des Referats Westeuropa/
Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249
Email: ID-INFO-WENA@fes.de
www.fes.de/international/wil | <http://www.fesdc.org>

Das FES-Büro in Washington, DC

Zentrales Ziel der Arbeit des Büros ist die Förderung des transatlantischen Dialogs im Sinne sozialdemokratischer Werte und Ideen. Mit unseren Programmen wollen wir deutsche und europäische Debatten mit US-amerikanischen und kanadischen verknüpfen. Darüber hinaus liegt es in unserem Interesse, Partner und Entscheidungsträger aus dritten Regionen in einen Dialog mit einzubinden, um Ideen und Lösungsansätze für gemeinsame Herausforderungen zu entwickeln. Zu diesen Regionen und Ländern gehören der Nahe und Mittlere Osten, Afghanistan, Russland und die Türkei.

Ein weiteres wichtiges Element unserer Arbeit ist der Aufbau und die Pflege von transatlantischen Netzwerken zwischen politischen Entscheidungsträgern, Vertretern von Think Tanks, Universitäten, Gewerkschaften sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die inhaltlichen Projektschwerpunkte des Büros liegen in den Bereichen Demokratieförderung und Konflikttransformation, Abrüstung und Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, Minderheiten und Integration, Energie- und Klimapolitik sowie Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen.

Friedrich Ebert Foundation
1023 15th Street, NW | Suite 801
Washington, DC 20005
Tel.: +1-202-408-5444
Fax: +1-202-408-5537
Email: fesdc@fesdc.org | <http://www.fesdc.org>

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Sichtweisen entsprechen nicht zwangsläufig denen der Friedrich-Ebert-Stiftung oder der Organisation, für die der Autor tätig ist.